

Ernst Weidenbusch (CSU): Herr Kollege Mang, Sie haben jetzt gerade davon gesprochen, dass das Lohnniveau sinkt. Könnten Sie uns bitte erklären, woher Sie diese Information haben? Wir nehmen in diesem Landtag alle wahr, dass die Löhne in den ganzen letzten Jahren gestiegen sind, weshalb die Mitarbeiter mehr Geld bekommen. Hatten Sie sich bloß versprochen oder haben Sie signifikante Informationen, dass man wissenschaftliche Arbeit in Bayern in den letzten Jahren immer billiger hat einkaufen können?

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege Mang zur Beantwortung.

Ernst Weidenbusch (CSU): Und ich würde sagen, das ist doch ein Argument, wenn es teurer geworden ist, bevor Sie mir jetzt sagen, Sie hätten das Argument nicht gehört oder nicht verstanden. Ja, teurer werdende Löhne sind ein Grund dafür,

(Christian Klingen (AfD): Die Teuerung!)

dass man die Fraktionsentgelte erhöhen muss.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege Mang.

Ferdinand Mang (AfD): Sie wollten wissen, auf welcher wissenschaftlichen Grundlage. Ich beziehe mich hier auf die Düsseldorfer Tabelle 2018. In der Düsseldorfer Tabelle 2018 werden die Unterhaltssätze der Unterhaltspflichtigen gegenüber den Unterhaltsberechtigten festgelegt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Was hat das mit dem Landtag zu tun? – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Wahnsinn!)

Dort ist ein absolutes Novum eingetreten,

(Volkmar Halbleib (SPD): Ihr Beitrag ist auch ein absolutes Novum!)

und zwar, dass eben hier die Unterhaltssätze für die breite Schicht der Bevölkerung reduziert wurden.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Ist das Ihr Ernst, was Sie hier sagen?)

Das war ein absolutes Novum, und zur Begründung haben die Oberlandesgerichte das seit Jahren sinkende Lohnniveau angeführt.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Das war die Beantwortung. – Als Nächstem erteile ich das Wort – danke schön, Herr Mang – dem Kollegen Markus Rinderspacher von der SPD.

Markus Rinderspacher (SPD): Werte Frau Präsidentin, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Bund der Steuerzahler in Berlin hat vor knapp zwei Wochen eine brandaktuelle Studie über die Kosten der bundesdeutschen Parlamente veröffentlicht. Dabei wurden die 16 Landtage von Baden-Württemberg und Bayern bis Schleswig-Holstein und Thüringen überprüft. Welche Kosten entstehen durch die Arbeit der Parlamente in den Herzkammern der Demokratie, im Föderalismus, in den Bundesländern? – Das Ergebnis der Studie war ebenso klar wie eindeutig. Der Bayerische Landtag schneidet in der Kostenstudie des Bundes der Steuerzahler am besten ab. Die Parlamentsarbeit verursacht in keinem anderen Bundesland in Deutschland so geringe Ausgaben pro Einwohner wie beim Bayerischen Land-

tag. Der Studie nach sind die kostenintensivsten Landtage, gemessen an den Ausgaben pro Einwohner, in Bremen, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen. Die Kosten pro Einwohner sind am niedrigsten in Bayern, in Niedersachsen und in Nordrhein-Westfalen, oder anders ausgedrückt: Thüringens Landtag oder auch der in Mecklenburg-Vorpommern produziert dreimal so hohe Kosten pro Einwohner wie Bayern, das Landesparlament in Bremen ist gar viereinhalbmal so teuer wie der Bayerische Landtag.

Meine Damen und Herren, der kostengünstigste Landtag zu sein, und das, obwohl wir mit 205 Abgeordneten das größte Landesparlament sind und die meisten Abgeordneten stellen, ist keine Selbstverständlichkeit. Es gibt keinen Grund zur Selbstgefälligkeit und Selbstzufriedenheit. Aber diese Studie zeigt, dass Kostendisziplin für den Bayerischen Landtag in den letzten Jahrzehnten in der Gesamtschau kein Fremdwort war. Das darf man heute zumindest zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, Demokratie gibt es nicht umsonst. Sie kostet Geld. Demokratie ist aber nicht per se teurer als andere Staatsformen, im Gegenteil, weil Demokratie mit dem Gebot der Transparenz, der Überprüfbarkeit und der Nachvollziehbarkeit verbunden ist. Der Umgang mit den Steuergeldern erfordert gerade in den Parlamenten, gerade für die Parlamentsarbeit selbst, eine besondere Sorgfalt. Der Bürger oder die Bürgerin in Bayern gibt 13,43 Euro im Jahr für dieses Parlament aus. Das sind 1,12 Euro pro Monat. Für 1,12 Euro gibt es mancherorts nicht mal mehr eine Kugel Eis in Bayern, aber zumindest ein funktionstüchtiges Parlament.

Meine Damen und Herren, ich möchte ein Thema ansprechen, das bisher noch wenig thematisiert wurde, nämlich die sogenannte Waffengleichheit zwischen Parlament und Staatsregierung. So nennen es Politologen. Ich möchte es an einem Beispiel ausführen: Herr Staatsminister Aiwanger hat in seinem Wirtschaftsministerium eine Zentralabteilung, 9 Fachabteilungen und 66 Referate mit insgesamt 483 Stellen. 483 Mitarbeiter arbeiten dem Wirtschaftsminister zu, damit er sich mit wissenschaftlicher Zuarbeit Gedanken machen kann über das Handwerk, den Mittelstand, die Industrie, die Energie, Digitales oder Elektromobilität. Wie viele Mitarbeiter hat zum Beispiel die SPD-Fraktion für diesen gesamten Bereich, für den wir im Ministerium 483 Mitarbeiter haben? – Einen! Wie viele Mitarbeiter haben die GRÜNEN? – Ich schätze, auch einen. Wahrscheinlich haben alle Fraktionen im Hohen Hause ungefähr einen Mitarbeiter. Ist es deshalb unanständig, Herr Fischbach, wenn die Fraktionen vor diesem Hintergrund sagen – die Zeiten haben sich verändert, wir sind nicht mehr im Jahr 1979, Politik ist komplexer und komplizierter geworden –, dass hier wenigstens ein Stück weit nachgebessert wird, während gerade die FDP-Minister Zeil oder Heubisch in der vorletzten Legislaturperiode in ihren Ministerien großartige Aufwüchse zu verantworten haben. Ich finde, da muss das Parlament wenigstens ein Stück weit nachziehen.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Kein anderes Parlament arbeitet kostengünstiger als der Bayerische Landtag. Die Waffengleichheit muss wenigstens ein Stück weit hergestellt werden. Nüchtern betrachtet ist man ja ohnehin weit von völliger Parität entfernt.

Im Übrigen muss man zum Aufwuchs des Haushalts des Bayerischen Landtags sagen, dass es hier im Hohen Haus, im Maximilianeum, große Baumaßnahmen gibt, die natürlich auch zu berücksichtigen sind. Die Generalsanierung des Kellergeschosses und der Besucherzugang an der Westpforte sind Aufgaben, die nicht

nur der Funktionsfähigkeit des Parlaments dienen, sondern auch wichtige Maßnahmen zum Substanzerhalt des bayerischen Kulturerbes sind.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege!

Markus Rinderspacher (SPD): Deshalb bitte ich Sie um Zustimmung zum Haushaltsplan des Bayerischen Landtags.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächstes erteile ich dem Kollegen Matthias Fischbach von der FDP das Wort.

Matthias Fischbach (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Der Landtagshaushalt ist zwar vergleichsweise klein, er ist aber von hoher symbolischer Bedeutung. Wie wir als Abgeordnete, als Fraktionen mit unseren eigenen Geldern wirtschaften, sagt viel über den Respekt aus, den wir vor der Leistung der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler haben. Wir sollten uns hart erarbeitetes Steuergeld nicht leichterhand selbst zugestehen, sondern Maß und Mitte halten. Leider ist das aus unserer Sicht bei der Anpassung der Fraktionszuschüsse nicht gelungen.

Ich starte hier deshalb einen letzten Versuch, Sie von unserem konstruktiven Kompromissvorschlag zu überzeugen. Wir stellen nicht infrage, dass ein größeres Parlament mit mehr Abgeordneten und Fraktionen auch mehr Steuergeld benötigt, um finanziert zu werden. Wir kritisieren aber den Zuschussbetrag, den es je Fraktion und je Abgeordnetem geben soll. Bisher war dieser Zuschussbetrag aus guten Gründen nur an die Lohnentwicklung gekoppelt.

Herr Kollege Gehring, in den letzten zehn Jahren sind die Zuschüsse um über 26 % gestiegen. Wenn diese Zuschüsse dann darüber hinaus nochmal außerordentlich um rund 10 % erhöht werden sollen, dann braucht man dafür eine sehr gute Begründung. Diese sehe ich nur zum Teil als gegeben an.

(Beifall bei der FDP)

Ja, wir haben neue Ausschüsse zu betreuen. Ja, wir müssen mit der Digitalisierung umgehen. Aber rechtfertigt das eine Erhöhung dieser Größenordnung? – Nehmen wir beispielhaft den neuen Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr: Dessen Themen wurden von den Fraktionen bisher alle schon bearbeitet, nur eben mit einem anderen Zuschnitt. Die Digitalisierung ist eigentlich eher eine Arbeitserleichterung als eine Arbeitsbelastung. Früher mussten die Referenten noch aufwendig in der Bibliothek recherchieren, heute geht das oft mit einem Mausklick.

Im Gegensatz zur AfD lehnen wir eine Anpassung aber nicht populistisch in Gänze ab, sondern wir stellen klar: Wir wollen sie nicht in dieser Größenordnung. Die Fraktionen könnten auch mit einer halb so großen Erhöhung sehr gut leben. Jede Fraktion bekäme dann immer noch über 100.000 Euro mehr, die CSU-Fraktion sogar über eine Viertelmillion Euro. Das reicht auch.

(Beifall bei der FDP – Ernst Weidenbusch (CSU): Das stimmt ja gar nicht!)

– Herr Kollege, Sie haben es doch gerade vorgerechnet.

(Ernst Weidenbusch (CSU): Lesen Sie doch die Zahlen!)

Die Fraktionszuschüsse sind eben kein Instrument, um den Stimmenverlust nach der Wahl wieder auszugleichen. Wer hier verliert, muss das auch respektieren und dann mit weniger auskommen. Da gibt es auch keinen Rabatt. Gerade wir Freie